

NACHHALTIG REGULIEREN!?

WARUM DIE BANKENREGULIERUNG UMWELTSCHUTZ UND MENSCHENRECHTE EINBEZIEHEN SOLL

PODIUMSDISKUSSION // 18 FEBRUAR 2016 // 19:00

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG // HAUS 1 // HIROSHIMASTRAßE 17 // 10785 BERLIN

Wenn Geschäfts- und Investmententscheidungen großer Banken zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung führen, bleibt das überwiegend folgenlos. Das gegenwärtige System zur Bankenregulierung, insbesondere das Trennbankengesetz, soll das Finanzsystem stabilisieren und somit Anlegerschutz und Einlagensicherung gewährleisten. Außerdem soll es verhindern, dass Geldinstitute im Notfall mit Steuergeld gerettet werden müssen. Sogenannte „Zockerbanken“ sollen den von ihnen angerichteten wirtschaftlichen Schaden zukünftig selber tragen. Dennoch bleiben bislang gesetzliche Regelungen bei von Geldhäusern verursachten oder beförderten Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden unbeachtet.

Dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht, verdeutlichen die Berichte der Berliner NGO Facing Finance e.V.. Sie ist den „Dirty Profits“ dieser Welt regelmäßig auf der Spur und wird dabei von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt. Ihre Berichte basieren auf der Expertise internationaler NGOs und legen Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und Korruption multinationaler Unternehmen offen. Gleichzeitig dokumentierten sie, wie große deutsche und internationale Banken, Versicherungen und Vermögensverwalter diese Verstöße unterstützen und von ihnen profitieren.

Gemeinsam mit Expert_innen der Zivilgesellschaft und Vertreter_innen aus Politik und der Finanzwelt möchten wir mit Ihnen folgende Fragen diskutieren:

Immer noch klaffen Außendarstellung und Investitionsrealität der Banken und Versicherungen weit auseinander. Mangelt es an Transparenz? Reichen Selbstverpflichtungen im Finanzsektor aus, um Verstöße gegen Menschenrechte, Umweltnormen und Klimaziele zu verhindern? Brauchen wir nationale und/oder europäische Regulierungen auch im ökologischen und sozialen Bereich? Und was können private Anleger_innen, Bankkund_innen und Riestersparer_innen tun, um Banken zu mehr Nachhaltigkeit zu bewegen? Sollten wir die private Altersvorsorge regulieren, besonders dann, wenn sie von Verstößen gegen Menschenrechte, Umweltnormen und Klimaziele profitiert und dabei staatlich und steuerlich gefördert wird?

PROGRAMM

ab 18.30 Uhr REGISTRIERUNG

19.00 Uhr BEGRÜßUNG

Frederike Boll, Friedrich-Ebert-Stiftung

Thomas Küchenmeister, Facing Finance e.V.

PODIUMSDISKUSSION

André Campos, Reporter Brasil

Klaus Krummrich, Leitung Wissenschaftsförderung, Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Lothar Binding, Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Dr. Barbara Happe, urgewald e.V.

MODERATION: Susanne Bergius, Journalistin

20.30 Uhr AUSKLANG UND IMBISS



FAHRVERBINDUNGEN

- × Buslinie M29 bis Haltestelle Hiroshimasteg
- × Buslinien 100, 187, 106 bis Haltestelle Lützowplatz
- × Buslinie 200 bis Haltestelle Tiergartenstraße

VERANSTALTUNGSORT

Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Haus 1 • Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

VERANTWORTLICH:

Frederike Boll, Friedrich-Ebert-Stiftung
Thomas Küchenmeister, Facing Finance e.V.

ORGANISATION:

Susanne Böhme, Friedrich-Ebert-Stiftung, Globale Politik und Entwicklung, Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin
Fon +49 30 26 935-7416, Fax +49 30 26 935-9246

ANMELDUNGEN bitte bis zum 15. Februar über unsere Website: www.fes.de/GPol oder unter Susanne.Boehme@fes.de. Anmeldebestätigungen werden nicht versandt.

Bitte wenden Sie sich an uns, wenn Sie Fragen zur barrierefreien Durchführung der Veranstaltung haben.

Die Konferenz wird auf Deutsch und Portugiesisch abgehalten, eine Simultanübersetzung wird bereitgestellt.